



Impulspapier: Initiative Nachhaltige Infrastruktur Deutschland

Die wissenschaftlichen Erkenntnisse zum Klimawandel zeigen, dass wir jetzt handeln müssen, um noch rechtzeitig Klimaneutralität in Wirtschaft und Gesellschaft zu erreichen. Einem schnellen und klimateffizienten Umbau der öffentlichen Infrastruktur kommt dabei eine große Bedeutung zu. Gerade die Umsetzung von Infrastrukturprojekten dauert in Deutschland jedoch viel zu lange. Zeit die wir nicht haben. Nur ein schneller und entschlossener Umbau kann späteren Generationen enorme Folgekosten ersparen, welche die mit dem Umbau verbundenen Kosten um ein Vielfaches übersteigen würden.

Tragfähige öffentliche Haushalte und eine zukunftsfähige Infrastruktur sind zwei Seiten derselben Medaille für mehr Generationengerechtigkeit. Gemessen an den Nettoinvestitionen, aber auch mit Blick auf den Zustand großer Teile der vorhandenen Infrastruktur, hat Deutschland in den zurückliegenden Jahren zu wenig in seine Infrastruktur investiert. Um die nationalen Klimaschutzziele zu erreichen und die Zukunftsfähigkeit Deutschlands

als Gesellschaft und Wirtschaftsstandort zu sichern, sind zudem nur unzureichende Investitionen in den Umbau der Energiesysteme sowie in das neue Mobilitätszeitalter getätigt worden.

Die Koalitionspartner der neuen Bundesregierung wollen den wirtschaftlichen Neustart durch Investitionsprogramme in eine nachhaltige und digitale Infrastruktur vorantreiben. Wesentlich für eine erfolgreiche Umsetzung dieser Programme vor Ort sind Kommunen. Ihre Handlungsfähigkeit ist langfristig zu sichern und auszubauen. Damit dies gelingt, sollte die Privatwirtschaft einen wichtigen Beitrag bei Planung, Finanzierung und Umsetzung dieser Projekte leisten. Dieses Impulspapier greift Überlegungen zu einer marktseitigen „Initiative Nachhaltige Infrastruktur Deutschland“¹ auf, welche neben kapitalmarktorientierten Initiativen auch die Rahmenbedingungen für etablierte und neue Finanzierungskonzepte zur Erreichung der Klimaziele, v. a. auf kommunaler Ebene unterstützen könnte.

- Wir setzen uns für eine **stärkere Berücksichtigung der föderalen Strukturen** in Deutschland und der öffentlichen Daseinsvorsorge im Rahmen des **Klima-Finanzierungskonzeptes** der neuen Bundesregierung ein.
- Wir setzen uns für ein Netzwerk und eine Erweiterung der auf Ebene der Länder bestehenden **Kompetenz- und Beratungszentren** im Hinblick auf **innovative Technologien** zur Erreichung der Klimaziele und nachhaltige Infrastrukturprojekte ein.
- Wir setzen uns für einen stärkeren **Einsatz von kooperativen Partnerschaftsmodellen** und für eine **Stärkung der Förder- und Garantieinstrumente** ein. Dadurch lässt sich mehr öffentliches und privates Kapital für Investitionen in Nachhaltigkeit mobilisieren.

¹ Impulspapier der deutschen Versicherungswirtschaft (GDV), der Bauindustrie (HDB) und der Öffentlichen Banken Deutschlands (VÖB), veröffentlicht am 24. Juni 2020.

BAU > INDUSTRIE



Die Initiative wird
unterstützt von:



Kompetenzzentren für nachhaltige Infrastrukturprojekte

Die im Grundgesetz verankerte Zuständigkeit der Länder und Kommunen für die Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge stellt diese insbesondere bei der Bereitstellung einer nachhaltigen Infrastruktur vor eine große Herausforderung. In Ergänzung zu den bereits bestehenden regionalen Kompetenzzentren regen

wir daher den Aufbau eines föderalen Kompetenznetzwerkes für nachhaltige Infrastrukturrealisierung und -finanzierung mit einem Fokus auf klimaneutrale Technologien an.

Dieses kann auch an der bestehenden Struktur des föderalen-ÖPP-Kompetenznetzwerkes angelehnt sein. Ziel ist es, eine

bestmögliche Standardisierung und Skalierung dieser Projekte zu fördern. In dieses Netzwerk könnte, über die Kompetenz- bzw. Beratungszentren der Länder hinaus, beispielsweise auch die Partnerschaft Deutschland (PD – Berater der öffentlichen Hand) einbezogen werden.

„Wir setzen uns für ein Netzwerk von Kompetenz- und Beratungszentren im Hinblick auf innovative Technologien zur Erreichung der Klimaziele und nachhaltige Infrastrukturprojekte ein.“

Nachhaltige Infrastrukturbeschaffung nach dem Lebenszyklusansatz durch kooperative Partnerschaftsmodelle

Bei der Realisierung nachhaltiger Infrastrukturprojekte im Bereich der Energie-, Verkehrs- und Hochbauinfrastruktur sowie technischer Anlagen werden Klima- und Ressourceneffizienz immer wichtiger. Betreiber, Hersteller und Nutzer müssen deshalb zur Bewertung von Umweltauswirkungen und Klimarisiken den Lebenszyklusansatz einer Infrastruktur weit mehr als heute berücksichtigen.

Gleichzeitig gewinnt der Einsatz innovativer grüner Technologien und nachhaltiger Energieträger immer mehr an Relevanz. Dabei ist es Konsens, dass die bestmögliche Realisierung eines Infrastrukturvorhabens sowohl in Bezug auf die Termin- und Kostensicherheit als auch mit Blick auf

ökologische und Nachhaltigkeitsaspekte nur in enger Abstimmung aller Projektbeteiligten – vom Bauherrn über die Bauindustrie und den Nutzern bis hin zu den Kapitalgebern – gelingen kann. Die fortschreitende Digitalisierung am Bau wird alle Projektpartner zukünftig dazu zwingen, dass alle Beteiligten von Anfang an transparent zusammenarbeiten, um ein gemeinsames Projektziel im Rahmen kooperativer Partnerschaftsmodelle – neben der konventionellen Vergabe – effizient umsetzen zu können.

Hierfür ist die frühe Einbeziehung von ausführendem Know-how in die Planung wichtig, damit die volle Innovations- und Leistungsfähigkeit der Projektbeteiligten für mehr Klima- und

Ressourceneffizienz im Sinne des Lebenszyklusansatzes für den Projekterfolg eingebracht werden kann. Hierdurch können die Vorhabenplanung optimiert, Projektrisiken insgesamt minimiert und Folgekosten bereits im Planungsprozess transparent analysiert werden.

Kommunale Auftraggeber würden von klaren vergaberechtlichen Regelungen zur Anwendung einer Vielfalt an Beschaffungsvarianten profitieren. Banken und institutionelle Investoren müssen in diesem Zusammenhang neue technologische Risiken und Geschäftsmodelle nachvollziehen und in Finanzierungskonzepte umsetzen können.

„Wir setzen uns für einen stärkeren Einsatz von kooperativen Partnerschaftsmodellen bei Klimainvestitionen ein.“

Nationale Förder- und Garantieinstrumente

Ein Großteil der notwendigen Investitionen zur Erreichung der Klimaziele soll nach Maßgabe der Politik von privaten Kapital- und Kreditgebern erfolgen. Um weitere Finanzierungen und Investitionen anzustoßen, müssen die Rahmenbedingungen maßgeblich überdacht und angepasst werden. Öffentliche Garantieinstrumente können im Rahmen von Projektfinanzierungen die Rendite-Risiko-Profile von Asset Backed Green Bonds (einschließlich Revenue Bonds, Project Bonds und Securitized Bonds) indirekt reduzieren. Sie absorbieren durch eine Verbesserung der Kreditqualität („Credit Enhance-

ments“) einige der mit der Anlage verbundenen Risiken für Emittenten schwächerer Bonität bzw. bei hohen technologischen Risiken. Dadurch könnte bei nicht ausreichender Finanzkraft des Vertragspartners die für institutionelle Investoren erforderliche Kreditqualität in den Investmentgrade-Bereich gebracht werden.

Denkbar wären unter anderem neue Garantiestrukturen des Bundes, angelehnt an das europäische InvestEU Programm für zugrunde liegende grüne Assets. Solche Garantiestrukturen sollten darauf abzielen, dass private Investitionen in Infrastrukturprojekte in den Verkehrs-, Energie und

IKT-Sektoren angeregt werden. Für institutionelle Investoren ist bei der Ausgestaltung von Förderbedingungen der Erhalt von Investitionsstrukturen mit attraktiven Risikoprofilen von zentraler Bedeutung.

Eine solche Maßnahme sollte vor allem einem kurz- bis mittelfristigen Anschlag dienen. Wir regen an, Fragen zur Vermeidung von Fehlallokationen im Zusammenhang mit nachhaltigen Infrastruktur- bzw. Transformationsprojekten im Rahmen einer wissenschaftlichen Studie zu untersuchen.

„Wir setzen uns für nationale Garantiestrukturen für nachhaltige Infrastrukturprojekte nach dem InvestEU-Vorbild ein.“

